



Europäische Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft, Krems
Europäische Kommission, Vertretung in Österreich, Wien
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien
Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien
Hanns-Seidel-Stiftung, München
Ungarische Akademie der Wissenschaften, Institut für Weltwirtschaft, Budapest
Zentrum für Ethik und Armutsforschung, Universität Salzburg




Armut und soziale Ausgrenzung



oder
Hat die Solidarität der EU Zukunft?

16. Internationale Europakonferenz
Haus der Europäischen Union
A-1010 Wien, Wipplingerstraße 35
30. September bis 2. Oktober 2010

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Impressum:

© 2012 Verein zur Förderung der Europäischen Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft – EALIZ, Wien
Alle Rechte vorbehalten.

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein zur Förderung der Europäischen Akademie für Lebensforschung,
Integration und Zivilgesellschaft – EALIZ. ZVR: 384154425
c/o MinRat Prof. DDr. Heinrich Badura
A-1010 Wien, Freyung 1
www.ealiz.eu

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Wiesław Banyś, Rektor, Schlesische Universität, Katowice
Prof. Dr. Klaus Firlei, Fachbereich: Arbeits-, Wirtschafts- und Europarecht, Universität Salzburg, Präsident der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Prof. Dr. András Inotai, Generaldirektor, Institut für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest
Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser, Stv. Hauptgeschäftsführer, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München, Universität Regensburg
Prof. Dr. Wilfried Mödinger, Direktor, Institute of Sustainable Leadership, Stuttgart, Steinbeis University Berlin
Prof. Dr. Vlado Šakić, Direktor, Ivo Pilar Institut für Sozialwissenschaften, Zagreb
Prof. DDDr. Clemens Sedmak, King's College, London, Leiter des Zentrums für Ethik und Armutsforschung, Universität Salzburg

Konzept und Redaktion:

MinRat Prof. DDr. Heinrich Badura

Lektorat:

Eva Gaspar

Grafische Gestaltung:

Peter Ableidinger, A-2070 Obernalb

Eigenverlag

ISBN 978-3-85031-148-9

Die Inhalte der einzelnen Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Veranstalter wiedergeben.

Der Informationsstand entspricht dem Zeitpunkt der Konferenz.

Das Redaktionsteam behält sich vor, im Zuge der Bearbeitung des Konvoluts zwingend notwendige Korrekturen sprachlicher Natur vorgenommen zu haben.

Die Reihung der Beiträge entspricht der Struktur des Konferenzprogramms.

Inhalt**GRUSSWORTE**

- | | |
|----|-----------------------|
| 13 | Christine Haderthauer |
| 15 | Heinrich Badura |
| 19 | Claudia Schlembach |
| 21 | Richard Kühnel |
| 23 | Frank Recker |

KONFERENZBEITRÄGE

- | | |
|-----|--|
| 29 | Walter Wolf
<i>Economic, employment and social policies
EU 2020 strategy</i> |
| 43 | Klaus Firlei
<i>Entwicklungen in der Arbeitswelt Europa
Solidarität zwischen Erosion und Rekonst
Die EU – eine Armutserzeugungsmaschine</i> |
| 91 | Waltraud Klasnic
<i>Hat Solidarität Zukunft?</i> |
| 95 | Othmar Karas
<i>Armut und soziale Ausgrenzung –
was macht das Europäische Parlament?</i> |
| 99 | Martin Kastler
<i>Wie sozial ist Europa?</i> |
| 123 | Stefan Empter
<i>Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe
in sozialen Marktwirtschaften</i> |
| 137 | Richard Kühnel
<i>Die soziale Komponente im Rahmen der
Europa-2020-Strategie</i> |

- 143** Jürgen Boeckh
*Armutskreisläufe durchbrechen –
solidarisches Handeln begründen*
- 155** Wilfried Mödinger
*Verantwortungsbewusstes Management –
die Verantwortung der Unternehmensführung bei der
Armutsbekämpfung weltweit*
- 167** Zoran Jašić
*Bemühungen Kroatiens zur Bekämpfung von Armut und
Verwirklichung der UNO-Millenniumsziele*
- 173** Jozef Klimko
Der Sozialstaat in der Umarmung der Globalisierung
- 177** Doris Wydra
*Überlegungen zu Grundrechten und Solidarität
in der Europäischen Union*
- 195** Roland Falb
*Wachstum und Werte: Die Rolle europäischer
Unternehmen bei der Überwindung von Armut und
sozialer Ausgrenzung*
- 207** Maria-Pia Kothbauer-Liechtenstein
*Armut und soziale Ausgrenzung
oder hat die Solidarität der EU Zukunft?*
- 213** Christiane König
- 217** Zorica Bukinac Cimperšek, Izidor Mendaš
Armut und soziale Ausgrenzung
- 223** Simona Ilie
Poverty and income policies in Romania
- 237** Kurt Bangert
*Die Verantwortung Europas für die absolute Armut
in der Welt*
- 253** Thomas Becker
*Bekämpfung der Kinderarmut durch materielle
Sicherung und Befähigung*
- 259** Michel Ph. Mattoug
*Mobilität und soziale Kohäsion im Spannungsfeld der
neuen Beschäftigungsformen*
- 263** Vera Lengsfeld
Freiheit statt Versorgung
- 269** Elena Kremenlieva

Fighting poverty and social exclusion in Bulgaria

- 271** Wolfgang Neumann
*Exklusion in Frankreich –
Herausforderungen und Lösungswege*
- 285** Ueli Mäder
Soziale Ungleichheit: Wie Reiche denken und lenken

GASTBEITRAG

- 297** Monica Vlad
*Begriff der Armut in Rumänien zwischen postkommunistischer
und liberal-sozialer Kultur*
- 307** Autorinnen und Autoren
- 333** Partner

Ueli Mäder

Soziale Ungleichheit: Wie Reiche denken und lenken

Soziale Ungleichheiten verschärfen sich bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen. Die erhöhte Transparenz über soziale Gegensätze trägt u.a. dazu bei, dass sich bei vielen sozial Benachteiligten frühere Resignation in Empörung verkehrt. Das kann eine Chance sein, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Wut und Verunsicherung können aber auch dazu führen, Halt in autoritären Gefügen zu suchen. So dokumentieren sich im individuellen Verhalten ebenfalls gesellschaftliche Prozesse. Im Folgenden interessiert, was passiert, wenn sich Banken und Grossindustrie trotz Finanz- und Wirtschaftskrise weiter konzentrieren und politische Grenzen und Korrektive aufweichen? Entstehen dann neue soziale Schliessungen und autoritäre Strömungen? Hinweise vermitteln unsere Studien zur sozialen Ungleichheit und zum Reichtum in der Schweiz.

Die Schweiz ist ein überaus reiches Land. Aber der Reichtum ist sehr einseitig verteilt. Und die soziale Ungleichheit hat sich in den letzten Jahren bei den Vermögen und bei den verfügbaren Einkommen stark verschärft. Daher fragt sich, was das für den sozialen Zusammenhalt bedeutet, wie Privilegierte die soziale Schere wahrnehmen und wie vorbildlich die reiche Schweiz ist, die wichtige Einrichtungen ihres Systems der sozialen Sicherheit erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausbaute. Wir befassten uns mit diesen Fragen im Rahmen unserer neuen Studie zum Reichtum in der Schweiz (Mäder 2010) und wählten dabei historische, statistische, ethnographische, medienanalytische und biographische Zugänge. Uns interessierte, wie sozialverträglich das Eigentum ist und wie die Finanzkrise das unternehmerische Denken verändert. Erfreulicherweise stiessen wir bei den Reichen auf offene Türen. Wir befragten hundert reiche und einflussreiche Personen sowie weitere Fachleute. Hier ein erster Einblick.

Als gefährliche Realität betrachtet etwa der interviewte Daniel Vasella, VR-Präsident der Novartis, aktuelle geopolitische Veränderungen, die eine Ver-

schiebung der ökonomischen und letztlich militärischen Macht in Richtung Osten nach sich ziehen. Zu den grössten Herausforderungen zählen für ihn irreparable Schäden, die über Generationen stattfinden und deshalb kaum wahrnehmbar sind. Vielleicht kämen wir erst über Katastrophen dazu, diese Probleme zu bewältigen, was aber durchaus möglich sei. Umbrüche gehörten zur Geschichte. Rolf Soiron, VR-Präsident der Lonza und Holcim, setzt auf gegenseitige Verständigungen über Gesellschaftsentwürfe: Die Nachhaltigkeitsdebatte biete Chancen eines übergreifenden Konsenses. Ein intensiver philosophischer Diskurs könne dazu beitragen, das kurzfristige Denken zu verändern, das die Krise prägt. Ob die Finanzkrise die Sinnfrage und die Idee der sozialen Verträglichkeit des Eigentums mehr in den Vordergrund rücke, bezweifeln indes viele der Befragten. Zudem weisen die Dimensionen und die einseitige Verteilung des Reichtums auf oligarchische Tendenzen hin. Immer weniger Reiche verfügen in der Schweiz über immer mehr Geld.

Soziale Gegensätze

Die soziale Ungleichheit nimmt in der Schweiz bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen seit den 1980er-Jahren weiter zu. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen verfügt heute in der Schweiz über mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (Credit Suisse 2010).¹ Und die 300 Reichsten in der Schweiz, die inzwischen alle mehr als je 100 Millionen Franken² besitzen, haben ihren Reichtum von 86 Milliarden Franken (1989) auf 470 Milliarden Franken (2010) erhöht. Ebenfalls zugenommen hat die Armut. Laut Caritas sind rund 800.000 von 7,8 Millionen Personen betroffen, die in der Schweiz leben. Der soziale Ausgleich lässt offenbar in wichtigen Bereichen auf sich warten. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass der Arbeitsfrieden aufbrechen könnte, motiviert auch etliche Reiche dazu, sich für soziale Projekte einzusetzen. Das ist erfreulich. Aber die Existenzsicherung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie darf nicht von der Beliebigkeit individueller Spenden abhängen. Viele Reiche sind jedoch gegenüber staatlichen Vereinbarungen skeptisch. Sie realisieren auch kaum, wie ihr Reichtum von vielen andern erwirtschaftet wurde, die selber kaum auf einen grünen Zweig kommen. Befremdlich ist auch, wenn im Jahr 2010 von 40 Milliarden Franken Erbschaften mehr als die Hälfte an Millionäre flossen und etliche Begünstigte diese Geschenke als quasi eigenen Verdienst betrachten.

1 1% der Bevölkerung besitzt 58,9% Reichtum des Reichtums (Credit Suisse 2010:120).

2 Das sind rund 750 Millionen Euro.

Die soziale Ungleichheit empört sozial Benachteiligte. Die Wut bewegt die einen dazu, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Andere suchen eher Halt bei populistischen Strömungen. Und damit stellt sich die Frage, was das für den sozialen Zusammenhalt der Schweiz bedeutet? Vermutlich hängt viel von der Bereitschaft ab, auch hinter die schönen Fassaden zu schauen. „Die Schweiz ist eine friedliche, prosperierende und stabile moderne Marktwirtschaft mit tiefer Arbeitslosigkeit, hoch qualifizierten Arbeitskräften und einem der grössten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukte weltweit.“ So stellt das Online-Factbook des amerikanischen Geheimdienstes CIA 2010 die Schweiz vor. Und die Weltbank hält die Schweiz sogar für das reichste Land der Welt, weil sie auch den hohen Bildungsstand und die relativ gut erhaltene Umwelt berücksichtigt. Das ist ja erfreulich. Diese Realität hat aber eine Kehrseite. Seit den 1980er-Jahren und vor allem seit den letzten fünf Jahren driftet die soziale Ungleichheit in der Schweiz stärker auseinander als in fast allen andern Ländern der Welt.

Fast jeder zehnte Milliardär oder jede zehnte Milliardärin der Welt leben heute in der Schweiz. Das sind rund 120 Personen, wenn wir auch jene Superreichen ohne Schweizer Pass berücksichtigen. Eine neue Dynamik dürfte sich allenfalls durch die starke Zunahme der Milliardäre und Milliardärinnen in China und durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben. Die Schweiz hat nach Singapur und Hongkong auch die dritthöchste Millionärsdichte. Bei 220.000 Personen übersteigt das Reinvermögen heute eine Million Franken und 4.000 Reiche erzielen sogar ein höheres Jahreseinkommen als eine Million Franken. Allerdings ist eine Million Franken auch nicht mehr das, was sie einmal war. Reich ist heute, wer vom Erlös seines Geldes gut leben kann und quasi nicht mehr arbeiten muss. Dazu sind – bei gehobenen Ansprüchen – schon ein paar Millionen Franken erforderlich.

Schweizer Banken verwalten derzeit weit über 4.000 Milliarden Franken. Etwa 2.000 Milliarden Franken stammen aus privaten Vermögen von Personen, die in der Schweiz wohnen. Hinzu kommt ein noch höherer Betrag von Reichen aus aller Welt. Mit einem Marktanteil von 27% und einem verwalteten Vermögen von über 2.100 Milliarden Dollar ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral. Zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu fördern. Die Schweizer Banken verfügen schätzungsweise über 1.000 Milliarden Franken un versteuerte Privatvermögen aus dem Ausland. Historisch geht der Reichtum der Schweiz auch auf den geringen Zentralismus und auf

einen Feudaladel zurück, der als volksnah galt und relativ niedrige Abgaben verlangte. Wertvolle Impulse kamen bei der frühen Industrialisierung von (Glaubens-)Flüchtlingen. Sie förderten die Uhren- und Textilproduktion sowie das Bankenwesen. Und die protestantische Ethik hielt die Menschen zu Sparsamkeit und Fleiß an. Die fehlenden Bodenschätze erhöhten einerseits die Armut und andererseits den Innovationsdruck. Als rohstoffarmes Land profitiert die Schweiz heute noch von den günstigen Austauschverhältnissen auf dem Weltmarkt, die sich einseitig an den industriell gefertigten Gütern orientieren. Zudem wechselte die Schweiz stets geschickt zwischen marktöffnenden und protektionistischen Massnahmen. Hätte sie ihre Handelschranken so rigoros gesenkt, wie sie das heute armen Ländern empfiehlt, wäre sie kaum so reich geworden.

Finanzimperium

In der Schweiz lebt nur ein Promille der Weltbevölkerung. Bei den Finanzgeschäften ist die Schweiz aber ein Imperium. Sie nimmt bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Schweizer Investoren spielen auch auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine wichtige Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London, New York oder anderswo in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz. Und wofür gibt die Schweiz sonst noch viel Geld aus?

„Europa giert nach Schweizer Geld“, moniert „Die Weltwoche“ (8.10.2010). 100 Milliarden Franken investiert die Schweizer Nationalbank beispielsweise, wie in Medien oft kritisiert, in die Stabilität des Euro. Mit 690 Millionen Franken beteiligt sich der Bund auch am Rettungspaket des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Griechenland. 500 Millionen Franken gehen über das „Bundesgesetz Ost“ für neues Rollmaterial nach Polen. Für die Entwicklungshilfe will die Schweiz aber keine 0,7% des Bruttoinlandsproduktes zahlen. Die Schweiz liegt mit ihrem Anteil von 0,45% weit hinter dem zurück, was die Vereinten Nationen längst fordern. Die Finanzkommission des Nationalrates lehnte im Jahr 2010 sogar eine Erhöhung der Quote auf 0,5% ab. Soviel schlug die ständerätliche Schwesterkommission für die Periode bis 2015 vor. Als Entwicklungshilfe gewährt die Schweiz übrigens gerne Mischkredite. Diese Kredite sind an die Auflage geknüpft, mit dem Schweizer Geld hauptsächlich Schweizer Maschinen und Schweizer Unternehmen zu berücksichtigen. So bleibt ein Teil des Geldes gleich von Anfang an in der Schweiz und ein weiterer Teil fließt über Umwege in die Schweiz zurück. Das ist auch bei jenen Krediten der Fall, die in Entwicklungsregionen

nicht für produktive Anlagen, sondern für prestigeträchtige Luxusgüter verwendet werden oder als Fluchtgelder wieder zu den Schweizer Banken gelangen. Noch ist die Schweiz also weit vom UNO-Ziel entfernt, 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe aufzubringen.

Stolz ist die Schweiz auf ihre Wohltätigkeit im eigenen Land. In der Schweiz existieren 12.000 gemeinnützige Stiftungen. Diese verwalten rund 50 bis 80 Milliarden Franken. Das sind pro Kopf mehr Gelder als in der Stiftungshochburg USA. Private Spenden liegen im Trend. Reiche tun sich hier besonders hervor. Die private Wohltätigkeit folgt aber nicht nur dem Herzen. Sie dient auch dem Prestige. Das alte, verschwiegene Mäzenatentum weicht teilweise dem publikumswirksamen Geben. Wohltätigkeit sucht zunehmend das Scheinwerferlicht. Private Spenden betonen den eigenen Status und verstärken den persönlichen Einfluss. Viele Spenden sind jedoch, trotz Widersprüchen, überaus löblich. Wichtiger als das individuelle Mäzenatentum ist allerdings der strukturelle soziale Ausgleich. Wenn die öffentliche Hand die Kapitalgewinne besteuert, hat sie mehr Mittel für die soziale Sicherheit. Die Stiftungen und Spenden können den Sozialstaat gewiss ergänzen, aber nicht ersetzen. Sie ermöglichen es Reichen teilweise auch, Geld am Fiskus vorbei zu führen und nach eigenem Belieben einzusetzen. Viele Stiftungen unterstützen indes auch arme Menschen, weil die öffentliche Hand zu wenig bereit ist, die soziale Existenzsicherung zu gewährleisten. Zwar steigen in der Schweiz die relativ niedrigen Sozialausgaben. Im Verhältnis zum wachsenden Sozialprodukt sanken die Anteile jedoch nach dem Jahr 2004.³ Das ist auch ein Grund, weshalb sich derzeit die soziale Brisanz verschärft. Besonders gravierend sind die Einbussen bei den verfügbaren Einkommen in den unteren Lohnkategorien. Sie treten allerdings weniger hervor, weil die meisten Statistiken zeigen, wie die nominellen Einkommen im Durchschnitt steigen.

Erwerbstätige Arme

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Die sozialen Unterschiede nahmen ab. Der Staat und die Wirtschaft sollten in einer möglichst sozialen Marktwirtschaft gemeinsam verbindliche Regeln aushandeln. Ganz im Sinne

³ Das Bundesamt für Statistik (Neuenburg) legte in seinem Bericht vom 19.5.2009 die bereinigten Zahlen für das Jahr 2007 vor. Daraus geht hervor, dass die Gesamtausgaben für die Soziale Sicherheit (inkl. Sozialhilfe) im Jahr 2007 auf 142,4 Mrd. Franken stiegen (2006: 137,2 Mrd. Fr.). Bedingt durch das wirtschaftliche Wachstum hat sich die Sozialausgabenquote (Sozialausgaben im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt) 2007 um 0,4 Prozent auf 27,8 Prozent verringert. Damit ist die Quote seit dem Höchststand von 2004 (29,3 Prozent) zum dritten Mal in Folge gesunken. Die Einnahmen betrugen 2007 insgesamt 165,7 Mrd. Franken. Das entspricht einer Zunahme von 2,6 Prozent.

des politischen Liberalismus, der die Arbeit und das Kapital als gleichwertig betrachtete. Das funktionierte einigermassen gut. Bis sich in den 1980er-Jahren die internationale Konkurrenz verschärfte und der angelsächsische Kapitalismus mehr durchsetzte. Er zielt vor allem darauf ab, das Kapital zu vermehren und die Rationalisierung der Produktion zu forcieren. So nimmt auch in der Schweiz die Erwerbslosigkeit zu. Und die verfügbaren Einkommen sinken in den unteren Lohnkategorien. Das fordert das System der sozialen Sicherheit heraus, das sich jedoch einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und neue Problemlagen ignoriert.

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Schweiz derzeit 240.000 Sozialhilfeabhängige sowie 180.000 Erwerbslose und Jugendliche, die keine Stelle haben. Zudem weniger als 200.000 erwerbstätige Arme. Zu diesen „working poor“ gehört, wer mindestens 90 % erwerbstätig ist und weniger Lohn erhält, als das Existenzminimum ausmacht. Aber was ist mit den Kindern und weiteren Familienangehörigen in diesen Haushalten von working poor? Wenn wir diese ebenfalls berücksichtigen, dann gibt es schon mehr als doppelt so viele Betroffene. Hinzu kommen noch die alleinerziehenden Mütter, die wegen ihren Betreuungspflichten weniger als 90 % Lohnarbeit verrichten und deswegen statistisch nicht als working poor gelten. Werden sie ebenfalls einbezogen, dann leben schon fast eine halbe Million Menschen in working poor Verhältnissen. Und das bei einer Bevölkerung von 7,8 Millionen Personen. Die Schweiz verharmlost diese Armut und definiert sie teilweise einfach weg. Aber einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht. Und das ist auch in der reichen Schweiz nicht der Fall. Viele sozial Benachteiligte meinen allerdings, ihre missliche Lage selber verschuldet zu haben. Sie ziehen sich resigniert zurück oder sie flüchten nach vorn, strengen sich enorm an, ohne materiell zu reüssieren.

Soziale Integration

Im Rahmen des Nationalfondsprogramms „Integration und Ausschluss“ (NFP 51) untersuchten wir, wie sich die Kategorisierung auswirkt, nach welcher die Sozialhilfe ihre Klientel einteilt (Kutzner 2009). Die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf Sozialhilfeabhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Wer zu dieser ersten Gruppe gehört, erhält weniger Mittel für den Grundbedarf, aber mehr Geld, wenn die Erwerbsintegration zustande kommt. Die finanziellen Anreize erweitern dann den Handlungsspielraum, was etliche Sozialhilfeabhängige schätzen. Sie fühlen sich ernst genommen, stärker beachtet und akzeptieren dafür mögliche finanzielle Einbussen. Andere Sozialhilfeabhängige fühlen sich durch die privatisierten Risiken mehr gestresst. Sie

erleben unter diesen Bedingungen selbst die erfolgreiche Erwerbsintegration als Ausschluss. Auch, weil diese Integration primär im prekären Niedriglohnssektor stattfindet, was wiederum soziale Beziehungen belastet und zu einem (Teil-)Ausschluss durch Integration führen kann.

Eine zweite Gruppe bilden die Personen, die zwar nicht mehr für den ersten Arbeitsmarkt infrage kommen, aber für den zweiten, geschützten Arbeitsmarkt oder für Gegenleistungsmodelle. Bei den Gegenleistungen hängt die Unterstützung von der Bereitschaft der Arbeitssuchenden ab, eine sozial, kulturell oder ökologisch relevante Arbeit zu verrichten. Ich gehe hier nicht weiter auf diesen speziellen Integrationstyp ein. Er wird derzeit viel unter dem Aspekt der sozialen Disziplinierung diskutiert. (Dazu: Wyss 2007) Kritiken beziehen sich etwa darauf, dass irgendwelche Arbeiten zu verrichten sind, egal ob sie wirklich nützlich sind. Hinzu kommt die Gefahr, mit niedrigen Löhnen vereinbarte Standards zu unterlaufen. Eine dritte Gruppe bilden Sozialhilfeabhängige, die sich laut Sozialhilfe weder in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können, noch in der Lage sind, als Gegenleistung für ihre Unterstützung gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten. Sie erhalten das Geld mit weniger Auflagen als die anderen beiden Gruppen. Einzelne beschreiben dies als Vereinfachung, da sie auf pro forma Bewerbungen verzichten und damit mehr das tun können, was sie gerne tun. Der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit gibt ihnen somit die Möglichkeit, sich um ihre soziale Integration zu kümmern. Der Ausschluss fördert also ihre Integration. Das scheint auf den ersten Blick zwar widersprüchlich, hat aber eine eigene Logik. Ein Journalist, der psychisch erkrankt ist, kann zum Beispiel dank der Verortung in dieser „Gruppe der Abgeschobenen“ nach eigener Aussage nun interessante Geschichten schreiben statt „Kurzmeldungen für den Medienmarkt zu produzieren“. Andere Personen wiederum, die zu dieser dritten „Gruppe der Ausgemusterten“ gehören, suchen verzweifelt einen „richtigen Job“. Sie wehren sich gegen die vorgenommene Kategorisierung, die sie als Stigmatisierung erleben. „Ich will Arbeit und keine Rente“, sagt eine gut fünfzigjährige Bezieherin von Sozialhilfe. Sie spricht mehrere Sprachen, hat schon zwei Bücher publiziert und versteht nicht, warum ihr „die Behörden eine richtige Arbeit verwehren“. Sie erlebt den Ausschluss nicht als Chance zur sozialen Integration, obwohl sie gerne Bilder malt und ausstellt, aber das „lieber nur als wirkliche Freizeitbeschäftigung“.

Von der Resignation zur Empörung

In einer früheren Armutsstudie (Mäder 1991) untersuchten wir bereits die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss. Zwei Aspekte aus dieser Studie möchte ich zur Kontrastierung der aktuellen Befunde aufgreifen.

Wir beurteilten nämlich seinerzeit die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss teilweise anders als in unseren neuen Studien über die Sozialhilfe (NFP 51) und über die working poor (NFP 45). Damals überwog der Eindruck, bei den Armutsbetroffenen seien insbesondere die working poor als erwerbstätige Arme relativ gut integriert. Sie bräuchten, so nahmen wir damals an, ähnlich wie die Alleinerziehenden vorwiegend mehr Geld, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. In unserer Studie über die working poor (Kutzner 2004) stellen wir indes eine Kumulation sozialer Problemlagen fest, die sich mit anhaltender Abhängigkeit ergibt und selbst bei zunehmender Erwerbsintegration – gleichzeitig – gegenläufige Ausschlusstendenzen verstärkt. Wir analysierten die soziale Lage von 260 aktuellen und 140 ehemaligen working poor. Von Letzteren erzielten rund 25 % mehr Einkommen dank einer Weiterbildung. Weitere 25 % erhöhten ihr Salär, weil sie zusätzliche Jobs zu vorwiegend prekären Arbeitsbedingungen annahmen. Noch einmal 25 % stabilisierten ihre Situation über eine Sozialversicherung (AHV, IV). Die restlichen 25 % steigerten ihr Einkommen durch die Veränderung der Lebensform, beispielsweise durch Heirat (mit Doppelverdienst) oder durch endende Unterstützungspflichten (Auszug von Kindern). Etliche konnten sich auch deshalb finanziell verbessern, weil sie in kleinere, günstigere Wohnungen (in Quartieren mit hoher Verkehrsdichte) zogen. Bei der früheren Basler Armutsstudie (1991) fiel uns auch ein starker innerer Rückzug sozial Benachteiligter auf. Viele der interviewten Armutsbetroffenen fühlten sich relativ stark für die Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns diesen inneren Rückzug durch den hohen gesellschaftlichen Individualisierungsgrad und die verbreitete Tabuisierung der Armut. Das Schweigen führt demnach dazu, dass Betroffene nach außen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren.

Heute weisen etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise auch in Empörung verwandeln. Das mag mit Informationen über „abgehobene Managerlöhne“ und mit der persönlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Diese kann sich allerdings unterschiedlich auswirken. Die Empörung kann die Bereitschaft fördern, sich mehr für die eigenen Interessen einzusetzen. Sie kann aber auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben. Ebenfalls enttäuscht sind Teile der Mittelschicht. Sie halten sich am meisten an das Credo: sei mobil und flexibel. Und bislang taten sie das aus guten

Gründen. Denn die meisten von ihnen konnten beim Stellenwechsel ihr Haushaltsbudget tatsächlich verbessern. Seit ein paar Jahren häufen sich allerdings die Abstiege bei den beruflich Mobilen. Da erfahren teilweise auch gut qualifizierte Berufsleute, kaum mehr gefragt zu sein. Das entrückt viele von der Teilhabe am politischen Geschehen.

Zukunft mit Zukunft

Mit der starken Öffnung und Deregulierung der Märkte konzentrierte die Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren ihren Einfluss. Die Politik, die eigentlich ein kritisches Korrektiv zur Wirtschaft sein sollte, liess sich stark instrumentalisieren und verlor an Gewicht. Sie versucht aber seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder etwas eigenständiger zu agieren und sich als Regulativ zu formieren. Und das ist nötig. Denn was die soziale Ungleichheit betrifft, geht es vor allem darum, den sozialen Ausgleich mehr zu fördern und strukturell zu festigen. Konkrete Vorschläge zielen darauf ab, die soziale Sicherheit über Ergänzungsleistungen für Haushalte mit Kindern auszuweiten und die unteren Löhne über Mindestansätze anzuheben. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Aber dazu sind politischer Wille und intensive Auseinandersetzungen gefragt. Wer sich allerdings für Mindestlöhne engagiert, setzt sich gleich dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu vernichten. Diese Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer eine minimale Vermögenssteuer fordert, wird gleich bezichtigt, mit einer Reichtumssteuer die Kapitalflucht anzukurbeln. In Deutschland fordern beispielsweise Gewerkschaften einen Mindestlohn von 7,5 Euro. Weniger verdienen 11 % der Arbeitnehmenden im Westen und 21 % im Osten. (NZZ, 16.4.2009) Sie alle erhalten Löhne unter diesem niedrigen Ansatz. Aber das ist laut NZZ nicht das Problem. Das Problem sei vielmehr die verlangte Lohnerhöhung. Die Gewerkschaften gefährdeten so diese billigen Arbeitsplätze. Die ebenfalls geforderte minimale Vermögenssteuer bezeichnet die NZZ als populistische Neidsteuer, die als Reichtumssteuer die Steuerhinterziehung fördere. Hinweise auf die zunehmende soziale Ungleichheit sind in der Schweiz offenbar bedrohlich. Auch die Sozialwissenschaften vernachlässigen bei ihren Gesellschaftsanalysen vertikal angelegte Sozialstrukturen. Sie interessieren sich mehr für horizontale soziale Differenzierungen, als ob es kein oben und unten mehr gäbe. Strukturelle Bezüge kommen zu kurz.

Seit der Finanzkrise versucht die Politik immerhin etwas eigenständiger zu agieren. Und das ist nötig. Es geht nämlich unter anderem darum, die unteren Löhne anzuheben und die soziale Sicherheit auszuweiten. Geld ist genug vorhanden. Aber politischer Wille ist gefragt. Jungsozialistische

Kreise wollen sogar mit einer pragmatischen Volksinitiative die oberen Löhne auf das Zwölfwache der unteren begrenzen. Das ist ein Ansatz, den eigentlich auch Reiche weiter verfolgen könnten, damit mehr Geld dorthin gelangt, wo es fehlt. Das würde auch dem Arbeitsfrieden dienen, von dem Reiche fürchten, dass er aufbrechen könnte. Aber hier auf Freiwilligkeit zu setzen, darauf ist kein Verlass. Die Existenzsicherung und der soziale Ausgleich sind gesellschaftlich zu vereinbaren. Dazu gehören auch die Besteuerung der privilegierten Vermögen und eine Harmonisierung der Steuersätze für hohe Einkommen. Denn wir können uns diesen einseitig angeeigneten Reichtum einfach nicht mehr erlauben, der die Gesellschaft auseinander driften lässt. Der Reichtum muss allen zu Gute kommen.

Prof. Dr. Ueli Mäder
Institut für Soziologie, Universität Basel
Petersgraben 27
CH-4051 Basel
ueli.maeder@unibas.ch
<http://soziologie.unibas.ch/>

LITERATUR

CREDIT SUISSE: 2010, Global Wealth Databook, Zürich 2010.

KUTZNER, STEFAN/MÄDER, UELI/KNÖPFEL, CARLO: 2004 (Hg.), *Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe*, Zürich: Rüegger.

KUTZNER, STEFAN/MÄDER, UELI/KNÖPFEL, CARLO/HEINZMANN, CLAUDIA/PAKOCI, DANIEL: 2009, *Sozialhilfe in der Schweiz*, Zürich: Rüegger.

MÄDER, UELI/BIEDERMANN, FRANZISKA/SCHMASSMANN, HECTOR/FISCHER, BARBARA: 1991, *Armut in Basel-Stadt, Social Strategies*, Basel: Karger & Libri.

MÄDER, UELI: 1999, *Für eine solidarische Gesellschaft*, Zürich: Rotpunktverlag.

MÄDER, UELI/STREULI, ELISA: 2002, *Reichtum in der Schweiz*, Zürich: Rotpunktverlag.

MÄDER, UELI/ARATNAM, GANGS J./SCHILLIGER, SARAH: 2010, *Wie Reiche denken und lenken*, Zürich: Rotpunktverlag.

PAUCKER JULIE/TEUWSEN PEER: 2011, *Wohin treibt die Schweiz? Zehn Ideen für eine bessere Zukunft*, Zürich: Nagel & Kimche.

PAUGAM, SERGE: 2000, *L'exclusion: usages sociaux et apports de la recherche*, in: Berthelot, Jean-Michel (Hg.), *La Sociologie française contemporaine*, Paris: PUF, S. 155-171.

WYSS, KURT: 2007, *Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus*, Zürich, edition 8.